

DEUTSCHLAND

Wowereit will Tempelhof schließen – Bürger dafür

BERLIN. Der Volksentscheid zur Offenhaltung des Berliner Flughafens Tempelhof ist gescheitert. Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis wurde mit 21,7 Prozent der Stimmen die notwendige Zustimmung von einem Viertel der Wahlberechtigten verfehlt. Damit wurde die Position des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit (SPD) gestärkt.

Grüne für die Koalition

HAMBURG. Geht es nach Hamburgs Grünen, steht einer Koalition mit der CDU nichts mehr im Wege. Sie entschieden sich auf einer Mitgliederversammlung mit großer Mehrheit für den ausgehandelten Koalitionsvertrag. Die Partei von Ole von Beust entscheidet heute über eine Zusammenarbeit mit den Grünen.

Claussen abgewählt

SCHWERIN. Der nach dem Hungertod der kleinen Lea-Sophie in die Kritik geratene Schweriner Oberbürgermeister Norbert Claussen (CDU) ist abgewählt worden. In einem Bürgerentscheid votierten gestern nach dem vorläufigem Ergebnis 29 149 Wähler gegen den Verwaltungschef. Für die Abwahl notwendig waren 26 772 Stimmen. dpa

Gabriel warnt vor Porsche



SALZGITTER. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel hat vor der Übernahme der Macht durch Porsche bei Volkswagen gewarnt. Auf dem Unterbezirksparteitag der SPD Salzgitter sagte er, Porsche würde die Standorte verscherbeln. Gabriel: „Salzgitter wäre der erste Standort, der zugrunde gehen würde.“

EUROPA

Solana will rasch mit Russland verhandeln

BRÜSSEL. Der EU-Außenbeauftragte Javier Solana rechnet mit einer baldigen Wiederaufnahme der seit zwei Jahren blockierten Verhandlungen über ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Russland. „Innerhalb der EU gibt es einen klaren Konsens darüber“, sagte Solana.

WELT

Bush macht Witze über mögliche Nachfolger

WASHINGTON. US-Präsident George W. Bush hat sich bei einem Abendessen mit Journalisten über seine möglichen Nachfolger lustig gemacht. So sagte er zu Clinton: „Hillary Clinton konnte wegen den Heckenschützen nicht kommen“, und spielte damit auf deren unwahre Aussage an, sie sei in Bosnien unter Beschuss geraten.

Niederlage für Mugabe

HARARE. Vier Wochen nach der Parlamentswahl in Simbabwe hat eine teilweise Neuauszählung die Niederlage der Regierungspartei von Präsident Robert Mugabe bestätigt. Ergebnisse in 18 strittigen Wahlkreisen seien unverändert, teilte die Wahlkommission mit. Ein Endergebnis stand noch aus. dpa

Redaktion: Dirk Breyvogel

Thema des Tages Afghanistan

Die Taliban haben erneut versucht, Präsident Hamid Karsai zu töten. Bei einer Gedenkfeier setzten sie ihn und andere hochrangige Diplomaten unter Feuer.



Afghanistans Präsident Hamid Karsai (rechts) während der Feierstunde in Kabul. Kurz nachdem dieses Bild entstanden war, griffen Taliban-Kämpfer mit Gewehren und Granaten an.

Präsident Karsai überlebt Anschlag unverletzt

Taliban greifen Militärparade in Kabul an – Mörsergranate explodiert, drei Tote

KABUL. Bei einem Angriff der radikalislamischen Taliban auf eine Militärparade in Kabul ist der afghanische Präsident Hamid Karsai gestern mit dem Schrecken davongekommen.

Wie die Regierung mitteilte, kamen ein Stammesführer, ein Abgeordneter und ein zehn Jahre altes Kind ums Leben, als die Attentäter das Feuer eröffneten. Mindestens acht Menschen seien verletzt worden.

Die Taliban sprachen von drei Toten in ihren Reihen. Mehrere Kabinettsmitglieder sowie ausländische Diplomaten und Militärs auf der Ehrentribüne blieben nach offiziellen Angaben neben Karsai ebenfalls unverletzt. Mit der Parade wurde der Sturz des von der

früheren Sowjetunion gestützten kommunistischen Regimes in Afghanistan im Jahr 1992 gefeiert.

„Der Anschlag soll jene einschüchtern, die sich für den Wiederaufbau des Landes einsetzen“

Außenminister Frank-Walter Steinmeier zum Anschlag

Leibwächter schleusten Karsai nach Medienberichten sofort aus der Gefahrenzone, als die Schießerei rund 300 Meter von der Tribüne

entfernt ausbrach. Auch alle Ehrengäste seien in Sicherheit gebracht worden, sagte ein Sprecher Karsais weiter. Hunderte Zuschauer flohen in Panik. Augenzeugen berichteten zudem von der Explosion mindestens einer Mörsergranate nahe der Tribüne, bei der zwei Abgeordnete verletzt worden seien. Die Regierung bestätigte, dass unter den Verletzten ein Parlamentarier war, machte jedoch keine Angaben zu einem möglichen Granatenbeschuss.

Die Taliban bekannten sich telefonisch zu dem Angriff. Sechs Aufständische hätten die Parade mit automatischen Waffen und Granatwerfern angegriffen, sagte ein Taliban-Sprecher. Drei Kämpfer seien ums Leben gekommen. dpa

SPD will Managergehälter stärker besteuern

Heil: Es geht darum, Auswüchse zu bekämpfen – Kritik von der CDU

BERLIN. Die SPD will im Kampf gegen immer größere Einkommensunterschiede die Millionengehälter von Managern in den Unternehmen besteuern. Beim Koalitionspartner CDU/CSU, der Opposition und in der Wirtschaft gab es am Wochenende zahlreiche Gegenstimmen zu dem SPD-Modell.

Demnach sollen Konzerne die Vergütungen ihrer Spitzenkräfte nicht mehr wie bisher voll als Betriebsausgaben absetzen können. Gehälter und Abfindungen sollen

nur noch bis zu einer Höhe von einer Million Euro komplett beim Finanzamt geltend gemacht werden dürfen – höhere Summen dann nur noch zur Hälfte.

Das SPD-Präsidium will das Papier, das von einer Arbeitsgruppe ausgearbeitet wurde, heute offiziell verabschieden. Die Einkommen von Deutschlands Top-Managern sorgen schon seit langem für Debatten. Spitzenverdiener soll im vergangenen Geschäftsjahr Porsche-Vorstandschef Wendelin Wiedeking mit

rund 60 Millionen Euro gewesen sein. SPD-Generalsekretär Hubertus Heil sagte in der ARD: „Es geht darum, Auswüchse zu bekämpfen.“ Eine gesetzliche Obergrenze für Managergehälter, wie dies die Linke fordert, lehnt die SPD ab.

Aus den Reihen der Union und der Wirtschaft kam dennoch Kritik an dem Entwurf. Der CDU-Mittelstandspolitiker Michael Fuchs sagte der ARD: „Wenn ein Unternehmen Kosten hat, muss es die auch voll abschreiben können.“ dpa

„Merkel soll Benzinpreis-Abzocke stoppen“

Politiker von SPD und Linke fordern Kanzlerin zum Handeln auf – Westerwelle weiter für niedrigeren Steuersatz

BERLIN. Die Rekordstände bei den Benzinpreisen haben erneut eine Debatte über Steuersenkungen und Eingriffe des Staates entfacht. Politiker aller Parteien forderten am Wochenende die Bundesregierung auf, der Preistreiber ein Ende zu setzen.

FDP-Chef Guido Westerwelle bekräftigte seine Forderung, auf Gas, Strom und Öl nur noch den reduzierten Mehrwertsteuersatz von 7 statt 19 Prozent zu erheben. Der saarländische SPD-Vorsitzende Heiko Maas verlangte staatlich festgelegte Obergrenzen bei Spritpreisen. Linken-Fraktionschef Gregor Gysi forderte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) auf, die „Abzockerei

der Energiekonzerne“ zu stoppen. Auch Spitzenpolitiker der CSU mahnten erneut Steuerentlastungen an.

Steigende Kraftstoffpreise lösen regelmäßig eine Debatte über Steuersenkungen aus. Die Benzinpreise hatten am vergangenen Freitag ein Rekordniveau erreicht. Ein Liter Benzin kostete im bundesweiten Durchschnitt mehr als 1,48 Euro. Für Dieselkraftstoff mussten die Autofahrer erstmals 1,40 Euro je Liter bezahlen. Ökonomen argumentieren, eine bloße Steuersenkung führe nicht automatisch zu niedrigeren Spritprei-

sen. Niedrigere Steuern könnten Mineralölkonzern sogar animieren, die Preise stärker anzuheben. Ursache für Preissteigerungen seien Marktprozesse, in die der Staat



„Ich fordere Angela Merkel auf, für bezahlbare Spritpreise zu sorgen“

Heiko Maas, SPD

nicht ohne Not eingreifen dürfe. Das Finanzministerium weist stets die Behauptung zurück, der Staat verdiene an den hohen Ölpreisen.

Die Union steht zum VW-Gesetz

Wann kommt die Novelle des VW-Gesetzes? Mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten Jochen-Konrad Fromme (Salzgitter-Wolfenbüttel) sprach Christian Kerl.



Herr Fromme, die Bundesregierung will das VW-Gesetz novellieren – Porsche schießt immer schärfer dagegen. Kippt das Gesetz noch?

Nein. Porsche kann sich nicht beklagen, dass es ein VW-Gesetz gibt und die Bundesregierung es fortzuschreiben will: Porsche hat seinen Anteil unter den Bedingungen des VW-Gesetzes gekauft und konnte sich nicht darauf verlassen, dass es geändert wird. Der Europäische Gerichtshof hat die Regelung zur Sperrminorität eindeutig nicht beanstandet. Es geht nicht um ein Gesetz zugunsten des Landes Niedersachsen, sondern um den Schutz jedes Aktionärs, übrigens theoretisch auch von Porsche. Die Frage ist: Wie kann man Standorte gegen Finanzinvestoren absichern? Wir beschäftigen uns gerade mit der Frage, wie wir Staatsfonds abwehren können. Die Novelle des VW-Gesetzes passt also in die politische Linie.



Jochen-Konrad Fromme.

Das sieht EU-Kommissar McCreevy anders. Auch CDU-Ministerpräsident Oettinger widerspricht..

Die Äußerung des EU-Kommissars gibt seine Meinung wider, es handelt sich nicht um einen Beschluss der Kommission. Aber er muss sich mit der Rechtsprechung abfinden - der Gerichtshof hat genau das nicht entschieden, was er fordert. Das muss man hinnehmen. Und was andere kritische Äußerungen angeht: Ich rate jedem, der sich mit ordnungspolitischen Argumenten einmischt, genau hinzusehen: Im praktischen Leben muss man – ohne dass die ordnungspolitischen Grundsätze verraten würden – auch mal zwischen konkurrierenden Zielen wählen. Für mich ist die Entscheidung klar: Ich gebe der Sicherung der Arbeitsplätze Vorrang.

Wann kommt der Gesetzentwurf? Steht die Mehrheit der Union?

Ja, die Unionsfraktion steht dahinter: Es hat eine Entscheidung der zuständigen Wirtschafts-Arbeitsgruppe für den Vorschlag der Justizministerin gegeben, dafür habe ich mich persönlich eingesetzt. Auch im Kabinett dürften die Meinungsverschiedenheiten geklärt sein. Ich gehe davon aus, dass das Kabinett in Kürze einen Gesetzentwurf vorlegt.

Maas bekräftigte in der „Bild am Sonntag“: „Ich fordere Kanzlerin Angela Merkel auf, der Preistreiber ein Ende zu setzen und für bezahlbare Spritpreise zu sorgen.“ Von Arbeitnehmern werde immer mehr Flexibilität und Mobilität verlangt. Daher müsse der Staat Obergrenzen für Spritpreise festlegen, forderte Maas wie zuvor in der „Saarbrücker Zeitung“. Vorbild dafür sei Luxemburg.

Gysi forderte in der „Bild am Sonntag“ die Kanzlerin auf, „umgehend klarzustellen, ob die Koalition Sprit-, Heizöl- und Gaspreise begrenzen will.“ dpa